



Presseinformation

Nach den Landtagswahlen: „Koal-O-Mat“ zeigt Chancen und Probleme der Regierungsbildung

Die Mannheimer Politikwissenschaftler Dr. Christian Stecker und Dr. Thomas Däubler analysieren auf Basis der Wahl-O-Mat-Thesen, welche Parteien mehr oder weniger gut zusammenpassen

Nach den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist die Regierungsbildung schwierig und die Regierungsfähigkeit der möglichen Koalitionen umstritten. Hat etwa Grün-Schwarz in Baden-Württemberg eine echte Gestaltungsperspektive? Oder verfügt eine sogenannte Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP über mehr Gemeinsamkeiten? Vor welchen Konflikten stünde eine Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz oder eine sogenannte Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt?

Um diese Fragen zu beantworten, verwenden die Politikwissenschaftler Dr. Christian Stecker und Dr. Thomas Däubler, beide Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, die bekannte Online-Anwendung Wahl-O-Mat als Datenbasis zur Analyse möglicher Koalitionen. Der Wahl-O-Mat ist seit Jahren eine wichtige Orientierungshilfe für Wählerinnen und Wähler. Er gleicht die persönliche Position zu 38 politischen Themen mit den entsprechenden Positionen der Parteien ab und zeigt so, welcher Partei man in diesen Fragen am nächsten steht. Die Antworten der Parteien auf die Wahl-O-Mat-Fragen geben aber auch Hinweise darauf, wie gut verschiedene Parteien miteinander in einer Koalition regieren könnten. „Wir haben für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt die Antworten der Parteien auf die 38 Wahl-O-Mat-Fragen verglichen. So erhalten wir die Anzahl der Gemeinsamkeiten und Widersprüche innerhalb möglicher Koalitionen. Der Wahl-O-Mat kann also auch als 'Koal-O-Mat' genutzt werden“, erklärt Christian Stecker. Die beiden Politikwissenschaftler gelangen auf diese Weise zu den folgenden Ergebnissen:

Koal-O-Mat Baden-Württemberg: Nur zehn von 38 möglichen Übereinstimmungen für Grün-Schwarz

Die möglichen Regierungspartner in Baden-Württemberg, Grüne und CDU, teilen nur in zehn von 38 Themen einen gemeinsamen Standpunkt. Beide Parteien trennen deutliche Gegensätze bei umstrittenen Themen wie der Residenzpflicht für Asylbewerber oder dem islamischen Religionsunterricht. In der Wirtschaftspolitik gibt es – zumindest bei den Wahl-O-Mat-Themen wie etwa Mietpreisbremse oder Ausbildungsplatzgarantie – keine Gemeinsamkeiten.

„Eine vom FDP-Spitzenkandidaten Hans-Ulrich Rülke am Wahlabend ausgeschlossene Ampel aus Grünen, SPD und FDP könnte insbesondere in der Immigrationspolitik einträchtiger regieren. Insgesamt kommt diese Konstellation auf 13 Übereinstimmungen“, erklärt Christian Stecker. Zum Vergleich: Auf eine Übereinstimmung mehr kommt die von CDU und FDP angestrebte „Deutschland-Koalition“.

Koal-O-Mat Rheinland-Pfalz: 22 Konfliktfelder für „Ampel“

„Für die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer von der SPD brechen nach den deutlichen Stimmenverlusten ihres bisherigen grünen Regierungspartners schwierigere Zeiten an“, fasst Thomas Däubler die Situation in Rheinland-Pfalz zusammen. 25 gemeinsame Standpunkte hätten nach Einschätzung von Däubler und Stecker eine relativ einträchtige Wiederauflage von Rot-Grün bedeutet, für die es im neu gewählten Mainzer Landtag aber keine Mehrheit gibt. Allerdings kommt in Rheinland-Pfalz auch eine große Koalition zwischen SPD und CDU auf immerhin 20 gemeinsame Wahl-O-Mat-Positionen, darunter in wichtigen landespolitischen Themen wie dem Bau der Rheinbrücke im oberen Mittelrheintal oder der Einführung einer Frauenquote in Landesbehörden. Deutlich mehr Konflikten sieht sich laut Däubler und Stecker eine mögliche Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP gegenüber: „Bei 22 Themen trennt expliziter Widerspruch ein solches Bündnis. In der Umweltpolitik, etwa beim Bau von Windkraftanlagen, gibt es praktisch keinerlei Gemeinsamkeiten“, konstatiert Däubler.

Koal-O-Mat Sachsen-Anhalt: 28 Konfliktfelder für die „Kenia-Koalition“

Besonders kompliziert ist die Lage nach Einschätzung der beiden Politikwissenschaftler in Sachsen-Anhalt. „Im künftigen Magdeburger Landtag kommt durch den Wahlerfolg der AfD praktisch jeder vierte Parlamentssitz nicht für die Regierungsbildung in Frage“, erklärt Christian Stecker. Die Zusammenarbeit des einzig denkbaren Bündnisses aus CDU, SPD und Grünen dürfte sich äußerst schwierig gestalten: „Diese sogenannte Kenia-Koalition hat mit 28 expliziten Streitpunkten enormes Konfliktpotential, das die wenigen Gemeinsamkeiten wie bei der Finanzierung der DDR-Aufarbeitung als Makulatur erscheinen lässt. Vor allem gilt das für die in Sachsen-Anhalt politisch besonders aufgeladene Immigrationspolitik, wo unterschiedliche Positionen bezüglich Abschiebungen und dezentraler Unterbringung von Asylbewerbern vorherrschen“, unterstreicht Stecker.

Minderheitsregierungen als Ausweg?

Obige Konstellationen verdeutlichen nach Ansicht von Däubler und Stecker, dass die fortschreitende Zersplitterung des Parteiensystems die übliche Koalitionspolitik in Deutschland an ihre Grenzen führt. Da die traditionellen Wunschkonstellationen nur noch selten Mehrheiten erringen, sind häufig Große Koalitionen oder gar komplexe Dreierbündnisse zur Regierungsbildung nötig. „Die Gegensätze in diesen Zweckbündnissen sind allerdings so groß, dass ein reibungsloses Regieren nur schwer möglich ist“, fasst Däubler zusammen. Statt einer Art Zwangsehe mit Mehrheit im Parlament, aber ohne große inhaltliche Gemeinsamkeiten könnten sich Stecker und Däubler als Ausweg daher auch Minderheitsregierungen vorstellen, die sich themenabhängig wechselnde Mehrheiten im Landtag organisieren. Laut Stecker kein Ding der Unmöglichkeit: „Unsere Untersuchungen zeigen, dass durch wechselnde Mehrheiten in den Landtagen deutlich mehr Gestaltungsspielraum bestünde als innerhalb der möglichen Regierungskoalitionen mit absoluter Mehrheit. In Baden-Württemberg wären sich die Landtagsparteien ohne die AfD bei 18 Themen mehrheitlich einig, was acht Themen mehr sind als bei Grün-Schwarz. In Rheinland-Pfalz gäbe es bei 24 Themen mögliche Mehrheiten, was vier mehr sind als bei einer großen Koalition. Und in Sachsen-Anhalt wären es immerhin acht Themen und damit zwei mehr als in einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen.“

Minderheitsregierungen seien in Deutschland zwar sehr ungewöhnlich, unter den gegebenen Umständen aber eine Überlegung wert, findet Christian Stecker: „Das hat beispielsweise von 2010 bis 2012 in Nordrhein-Westfalen für Rot-Grün relativ gut funktioniert. Und in Skandinavien und Neuseeland gehören Minderheitsregierungen schlicht zur demokratischen Normalität.“

Weitere Informationen und Kontakt:

Die ausführliche Koal-O-Mat-Analyse von Dr. Christian Stecker und Dr. Thomas Däubler einschließlich grafischer Darstellung finden Sie unter www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/koal-o-mat-analyse.pdf

Dr. Christian Stecker
Projektleiter
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Universität Mannheim
Telefon: +49-621-181-2855
E-Mail: Christian.Stecker@mzes.uni-mannheim.de
<http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/profiles/christian-stecker>

Dr. Thomas Däubler
Projektleiter
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Universität Mannheim
Telefon: +49-621-181-2809
E-Mail: Thomas.Daeubler@mzes.uni-mannheim.de
<http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/profiles/thomas-daubler>

Nikolaus Hollermeier
Direktorat / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Universität Mannheim
Telefon: +49-621-181-2839
E-Mail: nikolaus.hollermeier@mzes.uni-mannheim.de
www.mzes.uni-mannheim.de